



Am Montag im Kantonsrat

Zürich, 2. Juni 2023

Vorschau auf die Kantonsratsitzung vom Montag, 5. Juni 2023

Fokusthemen: **Initiativen, Entgegennahmen und GL-Geschäfte**

Der Zürcher Kantonsrat wird am Montag eine Reihe von Vorstössen aus den eigenen Reihen und aus der Bevölkerung behandeln. Im Vordergrund stehen dabei Vorstösse zur Brückensanierung Eglisau und zu Parteispenden der Flughafen Zürich AG. Traktandiert sind ausserdem Anträge der Geschäftsleitung, darunter der Vorschlag für die Einführung eines Zukunftspreises.

Ortsdurchfahrt Eglisau: Verzicht auf Massnahmen

Als erstes Geschäft behandelt der Rat ein dringliches Postulat von bürgerlicher Seite im Zusammenhang mit der Brückensanierung in Eglisau ([KR-Nr. 129/2023](#)). Vertreterinnen und Vertreter von SVP, FDP, EVP und Die Mitte verlangen, die Fertigstellung der Umfahrung zu beschleunigen und dazu auf Projektelemente zu verzichten, die nicht unmittelbar damit in Zusammenhang stehen. Konkret geht es unter anderem um einen Veloweg, eine Tempo-30-Zone und Lichtsignale. Falls an diesen Massnahmen festgehalten werde, müsse eine Notbrücke gebaut werden, fordern sie. Der Regierungsrat lehnt das Postulat ab, weil der Verzicht auf einzelne Massnahmen kaum dazu führe, die Bauzeit zu verkürzen, und die Entlastungswirkung einer Notbrücke in keinem Verhältnis zu den Kosten und dem zeitlichen Aufwand für die Erstellung stehe.

Romaine Rogenmoser (SVP, Bülach), 079 427 11 17

Fragen zu Parteispenden der Flughafen Zürich AG

Um Parteispenden der Flughafen Zürich AG geht es in einer dringlichen Interpellation aus den Reihen der Linken ([KR-Nr. 179/2023](#)). Unter Bezug auf Medienberichte stellen die Unterzeichnenden der Grünen, der SP und der AL dem Regierungsrat unter anderem Fragen zu den begünstigten Parteien, zur Höhe der Spenden sowie zur Rolle des Verwaltungsrates und der Regierungsvertretung. Bei dringlichen Interpellationen beantwortet der Regierungsrat die Fragen mündlich im Rat. Mit der Diskussion über die Antworten ist der Vorstoss erledigt.

David Galeuchet (Grüne, Bülach), 079 784 31 39

Einzelinitiativen zu Gebärdensprache, Billetautomaten, Strafverfahren und Gesichtserkennung

Normalerweise zu keinen langen Debatten führt die Behandlung von Einzelinitiativen (EI), also Initiativen, die von Privatpersonen eingereicht werden. Im Rat geht es vorerst nur darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern vorläufig unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie dem Regierungsrat zu Bericht und Antrag überwiesen. Anschliessend entscheidet der Rat auf Antrag der zuständigen Kommission definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Am Montag geht es zunächst um die Einführung der Gebärdensprache im Kantonsrat und in anderen Institutionen ([KR-Nr. 15/2023](#)). Die Initiantin begründet das mit dem in der Bundesverfassung verankerten Recht auf Information und dem Recht auf die Sprache und wird ihre Einzelinitiative im Rat persönlich vertreten. Ein anderer Initiant fordert, dass der Kanton per Standesinitiative im Bundesparlament verlangt, den Abbau von Billetautomaten für den öffentlichen Verkehr landesweit zu verbieten ([KR-Nr. 485/2022](#)). Ebenfalls per Standesinitiative will ein weiterer Initiant die Entkriminalisierung von Ehrverletzungen in der Schweiz herbeiführen ([KR-Nr. 16/2023](#)). Dies im Sinne der freien Meinungsäusserung – und unter Verweis auf den Einsatz der Invektive als rhetorisches Mittel in der Antike. Der gleiche Initiant fordert zudem eine Standesinitiative zur Abschaffung des Strafbefehlsverfahrens ([KR-Nr. 25/2023](#)). Dieses Verfahren, mit dem die Staatsanwaltschaft ohne Gericht eine Strafe aussprechen kann, sei nur aus Spargründen eingeführt worden und führe zu vielen Fehlentscheiden. Die letzte Einzelinitiative schliesslich beinhaltet den

Auftrag an den Kanton, alle Mittel auszuschöpfen, damit die SBB keine digitale Gesichtserkennung von Personen nutzen darf ([KR-Nr. 81/2023](#)).

Regierungsrat will 12 Vorstösse entgegennehmen

Rasch behandeln wird der Kantonsrat am Montagmorgen zwölf Vorstösse, die als Entgegennahmen traktandiert sind. Das bedeutet, dass sich der Regierungsrat bereit erklärt hat, die Vorstösse entgegenzunehmen. Der Rat muss nun darüber befinden, ob er diese diskussionslos der Regierung überweisen will. Verlangt auch nur ein Mitglied des Rates eine Diskussion, verbleibt ein solcher Vorstoss auf der Traktandenliste und der Rat muss zu einem späteren Zeitpunkt, nach einer Diskussion im Parlament, über eine Überweisung entscheiden. Ebenfalls auf der Traktandenliste bleiben Motionen, die der Regierungsrat zwar als Postulate entgegennehmen würde, mit deren Umwandlung die Erstunterzeichnenden aber nicht einverstanden sind. SP-Kantonsrätin Isabel Bartal fordert mit Unterstützung der EVP, dass der Regierungsrat prüfen soll, wie er Wahl- und Abstimmungsunterlagen besser vermitteln kann ([KR-Nr. 442/2022](#)). EVP-Kantonsrat Daniel Sommer verlangt ein befristetes Pilotprojekt für schwimmende Solarkraftwerke auf dem Zürichsee ([KR-Nr. 448/2022](#)). Diese Motion würde der Regierungsrat als Postulat entgegennehmen. Die Veloschnellroute von Feldbach nach Tiefenbrunnen thematisiert Grünen-Fraktionschef Thomas Forrer, indem er mit Unterstützung von SP, GLP und Mitte Auskunft verlangt, wann der Regierungsrat die im Velonetzplan eingetragene Route realisieren wird ([KR-Nr. 461/2022](#)). Jeannette Büsser, Kantonsrätin der Grünen, will mit Unterstützung aus der SP die Regierung beauftragen, die Grundlagen für die Einführung eines Erbteilungsamts zu schaffen ([KR-Nr. 27/2023](#)). Auch diese Motion würde die Regierung als Postulat entgegennehmen. Mit einer weiteren Motion verlangt SP-Kantonsrat Christoph Fischbach zusammen mit Mitunterzeichnenden der Grünen, EVP und AL gesetzliche Grundlagen, damit auch bei Zusatzleistungsbeziehenden die Kosten für Einzelzimmer der günstigsten Kategorie in Altersinstitutionen übernommen werden ([KR-Nr. 30/2023](#)). Die Regierung will den Vorstoss als Postulat entgegennehmen. Mitte-Kantonsrat Jean-Philippe Pinto fordert mit Unterstützung von SVP, SP, GLP, Grünen und EVP, die Vorkehrungen für eine Bahnverbindung von Uster über Volketswil nach Effretikon zu treffen ([KR-Nr. 35/2023](#)). Das Postulat von SP-Kantonsrat Andrew Katumba zielt auf den Verzicht auf Einwegmaterialien beim Verkauf von Getränken und Esswaren zum Mitnehmen auf öffentlichem Grund ([KR-Nr. 70/2023](#)). Unterstützt von Grünen und EVP fordert er, der Regierungsrat solle entsprechende Vorschriften im Abfallgesetz prüfen. Auskunft zu den Chancen und Risiken von künstlicher Intelligenz in der Bildung verlangt GLP-Kantonsrätin Sonja Gehrig ([KR-Nr. 71/2023](#)). SVP-Kantonsrätin Christina Zurfluh Fraefel regt mit Unterstützung von FDP und Mitte eine Neuerung bei der kantonalen Empfehlung zum Teuerungsausgleich an ([KR-Nr. 109/2023](#)). FDP-Kantonsrat André Müller möchte, unterstützt von SVP und Mitte, Gewinnausschüttungen der Schweizerischen Nationalbank aus dem ordentlichen Budget nehmen und einer finanzpolitischen Reserve zuführen, damit diese Gelder zum Abbau von Schulden oder zur Steuersenkung verwendet werden ([KR-Nr. 112/2023](#)). Der gleiche Absender fordert mit Unterstützung von SVP und Mitte zudem per Motion eine Änderung in der Rechnungslegung, die die Risikolage des Kantons klar vermittelt ([KR-Nr. 113/2023](#)). Der Regierungsrat will die Motion als Postulat entgegennehmen. Und SVP-Kantonsrat Tobias Weidmann verlangt, unterstützt von FDP und Mitte, die Einführung einer kantonalen Schuldenbremse, damit Investitionen mittelfristig möglichst aus eigenen Mitteln finanziert werden können ([KR-Nr. 114/2023](#)). Der Regierungsrat will auch diese Motion als Postulat entgegennehmen.

Isabel Bartal (SP, Zürich), 079 400 43 49

Daniel Sommer (EVP, Affoltern am Albis), 079 223 61 62

Thomas Forrer (Grüne, Erlenbach) 076 576 72 72

Jeannette Büsser (Grüne, Horgen) 077/255 27 56

Christoph Fischbach (SP, Kloten) 079 400 07 23

Jean-Philippe Pinto (Die Mitte, Volketswil) 076 385 58 22

Andrew Katumba (SP, Zürich) 079 336 28 82

Sonja Gehrig (GLP, Urdorf) 079 661 51 49

Christina Zurfluh Fraefel (SVP, Wädenswil) 079 355 73 62

André Müller (FDP, Uitikon), 079 740 37 38

Tobias Weidmann (SVP, Hettlingen), 079 412 59 66

Herausragende Leistungen mit einem Zukunftspreis honorieren

Mit der Vorlage 5694 hat der Kantonsrat im November 2021 1 Mio. Franken für einen Zukunftspreis reserviert. Das Geld stammt aus der Jubiläumsdividende der Zürcher Kantonalbank. Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dem Kantonsrat nun einstimmig, ein Reglement zur Vergabe des Zürcher Zukunftspreises zu erlassen und einer entsprechenden Änderung des Kantonsratsgesetzes zuzustimmen ([KR-Nr. 17/2023](#)). Die Gesetzesänderung wurde unter anderem nötig, weil im ursprünglichen Kantonsratsbeschluss nicht ersichtlich war, wer die Verwaltungskosten für die Preisvergabe trägt. Für die Honorierung stehen für maximal 20 Jahre jährlich bis 50'000 Franken zur Verfügung. Mit dem Zürcher Zukunftspreis sollen Personen und Organisationen ausgezeichnet werden, die sich mit herausragenden Leistungen und Projekten, die für Politik, Gesellschaft und nachhaltige Entwicklung des Kantons Zürich zukunftsweisend sind, verdient gemacht haben.

GL-Referent: Markus Schaaf (EVP, Zell), 078 707 00 66

Kommissionssitzungen sollen ohne Regierungsbeteiligung möglich sein

Kommissionen sollen an ihren Sitzungen beschliessen können, Beratungen vorübergehend ohne Beteiligung der Regierung und der Verwaltung durchzuführen. Dies forderte der ehemalige Mitte-Kantonsrat Lorenz Schmid, unterstützt von SP und FDP, mit einer parlamentarischen Initiative (PI). Die Geschäftsleitung (GL) beantragt dem Kantonsrat mit 9 zu 6 Stimmen, der geänderten PI betreffend Regierungsbeteiligung an Kommissionssitzungen zuzustimmen ([KR-Nr. 120/2022](#)). Eine Minderheit aus SVP und EVP beantragt, sowohl die ursprüngliche als auch die geänderte PI abzulehnen, weil sie keinen Regelungsbedarf sieht.

GL-Referent: Dieter Kläy (FDP, Winterthur), 079 207 63 22

Minderheit: Martin Hübscher (SVP, Wiesendangen), 079 222 27 80

Parlamentarische Initiativen zu Jugendparlament und Steuerermässigungen

Sollte vor Ende der Sitzung noch etwas Zeit bleiben, wird der Rat ein paar parlamentarische Initiativen (PI) behandeln. Dabei geht es vorerst darum, zu ermitteln, ob eine Initiative von mindestens 60 Ratsmitgliedern unterstützt wird. Ist dies der Fall, wird sie einer Kommission zur weiteren Beratung überwiesen. Auf Antrag der Kommission entscheidet der Kantonsrat dann definitiv über Annahme oder Ablehnung der Initiative. Mit einer PI verlangt SVP-Kantonsrat René Isler, dass eine Alters-Obergrenze von 18 Jahren für das kantonale Jugendparlament eingeführt wird ([KR-Nr. 369/2022](#)). Die PI wird gemeinsam mit jener von Mitte-Kantonsrätin Janine Vannaz behandelt, welche mit Unterstützung der EVP eine Erhöhung der Alters-Obergrenze von 21 auf 25 Jahre fordert ([KR-Nr. 393/2022](#)). Und CSP-Kantonsrat Beat Bloch verlangt mit einer PI, die von den Grünen und der AL unterstützt wird, eine Änderung des Steuergesetzes, damit Menschen mit geringem bis mittlerem Einkommen, die über wenig Vermögen verfügen, bei Kaufkraftverlust Ermässigungen auf den errechneten Steuerbetrag erhalten ([KR-Nr. 392/2022](#)).

René Isler (SVP, Winterthur), 079 201 53 32

Janine Vannaz (Die Mitte, Aesch), 079 665 91 71

Beat Bloch (CSP, Zürich), 079 891 95 05

Diese Vorschau bietet einen Überblick über die Traktanden, die voraussichtlich behandelt werden. Alle weiteren Verhandlungsgegenstände sind auf der [Traktandenliste](#) aufgeführt.

Allgemeine Auskünfte zur Sitzung des Kantonsrats geben:

Sylvie Matter, Kantonsratspräsidentin, 079 659 54 00

Frank Sieber, Wissenschaftlicher Mitarbeiter, 043 259 20 37